

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

22 (27.1.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger 5.- M. einschließlich 50 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. — ohne Ausgabe u. Postgebühren, monatlich Einzelkempl. 25 A.

Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle und Redaktion: Luisenstr. 24 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 10spaltige Kolonelle 1.-M. Die Restzeile 3.60 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 10 Uhr vormittags; für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Pariser Konferenz

Entschädigungsansprüche — Entwaffnung

Paris, 26. Jan. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung der interalliierten Ministerkonferenz gab der französische Finanzminister einen längeren Bericht über die Entschädigungsansprüche an Deutschland auf Grund des Versailler Friedensvertrags. Der Bericht stützt sich auf den französischen Standpunkt, wonach die Reparationszahlungen für die nächsten Jahre bestimmt werden sollen. Die Delegierten der anderen Mächte versuchten verschiedentlich Aufklärung und erklärten, ihr Urteil zu stellen zu wollen, bis sie den Bericht geprüft haben.

Paris, 26. Jan. Neben der heutigen Vormittags-Sitzung der Konferenz berichtet Havas ferner: Die Sitzung sei vollkommen ausgefüllt gewesen durch den Vortrag des Finanzministers Doumer über die Wiederentwaffnungsfrage. Der Minister habe besonders auf die Bedeutung hingewiesen, die die Summe habe, die Deutschland Frankreich für die Wiederentwaffnung der von ihm verursachten Schäden schulde. Er habe gezeigt, daß das bisherige französische Budget mehr als 16 Milliarden Franken Ausgaben enthalte für den Wiederaufbau und für die Zahlung von Pensionen an Witwen und Kriegsveterane. Diese Summe müsse wieder hergestellt werden, wenn das Ziel der Entwaffnung nicht verfehlt werden solle. Finanzminister Doumer habe nur die Tatsachen angeführt, ohne von den praktischen Mitteln zu sprechen, die ergriffen werden müßten, damit Deutschland zu zahlen. Neben dieser Seite des Programms werde Minister Doumer sprechen. Der Minister werde der Konferenz noch einige weitere Dokumente übermitteln, sodas die Erörterung des Programms morgen vormittag fortgesetzt werden könne.

Paris, 26. Jan. Amtlicher Bericht über die heutige Nachmittags-Sitzung der Konferenz. Die Konferenz hat um 4 Uhr begonnen und eine kurze Sitzung abgehalten. Sie beschäftigte sich mit der amtlichen Anerkennung der belgischen Staaten und der Staaten im Kaukasus. Es wurde beschlossen, schon jetzt Estland und Lettland rechtlich anzuerkennen. Die nächste Sitzung der Konferenz findet morgen vormittag 11 1/2 Uhr statt. Sie wird Aufschlüsse bringen über den Bericht der militärischen, maritimen und Luftfahrt-Verhandlungen.

Paris, 26. Jan. Agence Havas. Die Sachverständigen für militärische, maritime und Luftfahrtangelegenheiten trafen heute vormittag unter dem Vorsitz Frankreichs zusammen. Die Sachverständigen, die von dem Obersten Laite beauftragt worden waren, eine Note aufzustellen über die Vertragsverletzungen Deutschlands, sowie Maßnahmen vorzuschlagen, die zu treffen sind, bildeten drei Kommissionen, je eine für militärische, maritime und Luftfahrtangelegenheiten. Jede Kommission bearbeitete die ihr zugewiesenen Fragen, die deutsche militärische Gefangenschaft, die Heraushebung der deutschen Armee auf 100 000 Mann, die Entwaffnung der Zivilbevölkerung und der Einwohnerwehren, die Auflösung der Sicherheitspolizei, die Ausschleierung und die Verschwendung des militärischen, maritimen und Luftfahrtmaterials, die Bezahlung einer Ausgleichssumme für das zerstörte oder ausgeführte Material usw. Die Kommissionen waren in ihren Entschlüssen einig. Am Nachmittag verhandelten sich die Sachverständigen wiederum, um den Gesamtbericht über die einzelnen Berichte der drei Kommissionen festzustellen. Dieser Gesamtbericht soll eine allgemeine Schlussfolgerung erhalten und die Notwendigkeit betonen, ohne Schwanken die Ausführung der vorgeschlagenen Zwangsmaßnahmen innerhalb der verschiedenen festgesetzten Fristen vorzunehmen.

200 Milliarden Wiederentwaffnung

Paris, 27. Jan. In der gestrigen Sitzung der Pariser Konferenz wurde beantragt, daß die Entschädigungssumme die Deutschland zu zahlen hat, mit 200 Milliarden festgesetzt werde, von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen. Für die Bezahlung dieser Summe werde Deutschland 30 Jahre Zeit gestiftet. Wenn es sich aber erweisen sollte, daß diese Frist zu kurz sei, so werde der Zeitraum verlängert werden. Danach würden die jährlichen Zahlungen Deutschlands 12 Milliarden (eine Milliarde im Monat) betragen. Von französischer Seite wurde auf die vielen Seiten hingewiesen, die Frankreich geholt hat und auf die großen Zahlungen, die es leisten muß und die 54 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den Wiederaufbau betragen. Ohne diese Summen müsse Frankreich den Bankrott erklären. Man sage, daß Deutschland die Welt bedrohe, wenn aber ein Staat davon betroffen werde, dann sei es moralisch, wenn derjenige davon betroffen würde, der den Krieg begonnen habe.

Die deutsche Regierung und die Reparations-schuld

Berlin, 26. Jan. Aus Anlaß zahlreicher Auslassungen der inländischen und ausländischen Presse, die sich mit der Frage der Reparation beschäftigten, ließ sich gestern Abend der Reichsfinanzminister eingehend über diese Frage berichten. Es bestand Übereinstimmung über folgende Beurteilung der Stellungnahme der deutschen Regierung:

Nach wie vor ist es ein dringendes Interesse Deutschlands, die Höhe seiner Reparations-schuld so bald wie möglich kennen zu lernen. Es hat ein vertragsmäßiges Recht darauf, daß ihm diese Kenntnisse bis zum 1. Mai 1921 beschafft werden. Andererseits verkennt Deutschland nicht, daß zurzeit die Festsetzung der Schuldsumme schwierig ist. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, auf die Einhaltung der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den alliierten Regierungen über Teilzahlungen Deutschlands während der nächsten 5 Jahre zu verständigen. In diesem Sinne hat sie den Plan der 5 Jahreszahlungen als Ausgangspunkt der weiteren Verhandlungen angenommen.

Dieses Verlangen ist von dem französischen Vorkläufer in Berlin bei einer entscheidenden Besprechung mit dem deutschen Außenminister als berechtigt anerkannt worden. Es bildet also die Grundlage der weiteren Verhandlungen. Ohne ein Einverständnis der alliierten Regierungen auf den von der deutschen Delegation in Brüssel bezeichneten Gebieten, könnte die deutsche Regierung die Annahme der 5 Jahreszahlungen, die ein großes Entgegenkommen ihrerseits darstellen, nicht verantworten. Die deutsche Regierung verlangt nur, daß bei den Verhandlungen

über diesen Plan die zahlenmäßige Höhe der Jahreszahlungen einzuweisen vorbehalten bleibt und daß zunächst die Methode der Sachleistungen und ihre Bewertung und die für die Bemessung für Deutschlands Leistungsfähigkeit maßgebenden in Brüssel näher bezeichneten Umstände erörtert werden und daß über die Höhe der Gesamtschuld auch bei dem Zustandekommen der Vereinbarung über die Annuitäten nicht etwa erst nach Ablauf der 5 Jahre, sondern sobald wie möglich weiter verhandelt wird.

Neue französische Erpressungen?

Paris, 26. Jan. Militärische, aeronautische und Marine-Sachverständige haben gestern morgen unter dem Vorherrsche des Marschalls Foch im Büro des französischen Generalstabs eine Sitzung abgehalten in der drei Berichte abgelesen wurden, ein militärischer, ein aeronautischer und ein Bericht über die Marine. Die drei Berichte wurden in einen einzigen zusammengefaßt, der heute Mittags der Konferenz unterbreitet werden soll. Der Pariser Sonderberichterstatter „Central-News“ will erfahren haben, daß in der gestrigen Sitzung der militärischen Sachverständigen beschlossen wurde, von Deutschland die Ablieferung von mehreren Tausend kleinsten Kanonen, von 1 1/2 Millionen Patronen und von Flugzeugmaterial zu verlangen. Die Einwohnerwehren müssen innerhalb drei Monate aufgelöst werden. Bei Nichtausführung dieser Bestimmungen werden die Alliierten zur Besetzung des Ruhrgebiets schreiten.

Fortschritt der Entwaffnungsmesser

Berlin, 26. Jan. Die sächsische Landeswehrwache, das aeronautische Institut in Landsberg, die geophysikalische Anstalten in Frankfurt a. M. und in Leipzig halten die interalliierte Kontrollkommission gebeten, Entwaffnungsmesser aus den militärischen Beständen, die nach dem Friedensvertrage zur Zerstörung geliefert werden müssen, ihnen zu wissenschaftlichen Zwecken zu überlassen. Die interalliierte Kommission hat diese Bitte abgelehnt und die Zerstörung der wertvollen Instrumente angeordnet.

Der gestaffelte Brotpreis

Wien, 26. Jan. Die dem Nationalrat zugegangene Vorlage betreffend die Staffelung der Lebensmittelpreise bestimmt, daß die Verbraucher, soweit sie Brot und Mehl auf Ausweiskarten beantragen können, in drei Gruppen eingeteilt werden. In die erste Gruppe fallen die Einkommen, deren Durchschnitt über den Haushaltsbedarf 12 000 Kronen nicht erreichen. Die Oberklasse umfaßt Haushaltungen mit durchschnittlich 100 000 Kronen auf den Kopf. Haushaltungen von mindestens 500 000 Kronen fallen unter allen Umständen in die Obergruppe. Die übrigen Verbraucher bilden die Mittelgruppe. Die Obergruppe darf Preise zu entrichten, die hinter den vollen Getreidepreisen nicht zurückbleiben. Die Mittelgruppe darf höhere Preise zu bezahlen. Die Preise der unteren Gruppe müssen mindestens die Kosten der Verarbeitung und der Handelsaufschläge decken. Die vorgeschlagenen Sätze betragen für einen Laib Brot bei der Untergruppe 5 Kronen 10 Heller, bei der Mittelgruppe 15 Kronen, bei der Obergruppe 20 Kronen.

Reichsdeutsche in Ghis-Lothringen

Strasbourg, 26. Jan. In Ghis und Lothringen ist die im Versailler Friedensvertrag festgesetzte Frist für die Naturalisierung der im Land geborenen oder anfangs Reichsdeutschen am 15. Januar abgelaufen. Im Verwaltungsbezirk Metz haben die dort anwesenden Ausländer eine neue Aufenthaltserklärung abzugeben. Wie ein Blatt meldet, sollen hierdurch die nichtnaturalisierten Reichsdeutschen unter Politgefahr gestellt werden, um sie ausweisen zu können, falls sie sich der deutschen Genehmigung verweigern.

Gewaltandrohung gegen den Anschluß Österreichs

Basel, 26. Jan. „Echo de Paris“ meldet: In einer Besprechung zwischen Briand und Lloyd George kam zum Ausdruck, daß die französische und die englische Regierung die neuesten veränderten Anschlußbestrebungen Österreichs an Deutschland aufs schärfste verurteilen. Briand ist entschlossen, jeder Zeit gegebenenfalls unter Anwendung von Gewalt d. n. Zusammenhang zwischen beiden Staaten zum Scheitern zu bringen.

Griechenland und Alliierten

Paris, 26. Jan. In der gestrigen Sitzung der interalliierten Konferenz schrieb der diplomatische Mitarbeiter der Agence Havas, die Konferenz habe den Beschluß gefaßt, in der zweiten Hälfte des Februar in London eine Konferenz von alliierten Vertretern einzuberufen, die die Darlegungen von Vertretern von Griechenland und der Türkei anhören soll, um zu einer Regelung der Orientfrage zu gelangen. Die alliierten Gesandten in Athen werden auch weiterhin von amtlichen Beziehungen mit König Konstantin Abstand nehmen und nur zu der griechischen Regierung Beziehungen unterhalten. Die finanzielle Hilfe der Alliierten solle auch weiterhin fort.

Russische Offensivpläne?

Alle offiziellen Berichte, die am letzten Samstag beim französischen Außenminister in Paris eingingen, melden eine gewaltige bolschewistische Truppenkonzentration zu dem angeblichen Zweck eines Endkampfes gegen die Polen. Die Mobilisierung an der russischen Front ist so sicher geworden, daß die militärischen Sachverständigen annehmen, die Noten haben beschaffen, nicht erst den Frühling abzuwarten, sondern nicht später als am 1. Februar ihre Offensive zu beginnen.

Berichtigung. Im gestrigen Leitartikel ist ein sinnentstellender Druckfehler unterlaufen. Im vorletzten Absatz heißt es: „Soffentlich wird der Redakteur nicht aus der R.A.P.D. ausgeschlossen, weil er nicht weiß, daß es nach Legien „nötig ist, jetzt List, Schaulkeit, illegale Methoden, Verheimlichung der Wahrheit anzuwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.“ Es muß natürlich Lenin heißen und nicht Legien.

Das Existenzminimum

Von S. Rahmann, M. d. R.

Ein. Mit dem Begriff Existenzminimum wird seit geraumer Zeit eine ungeheure Verwirrung angerichtet. Jede Lohn- und Gehaltsforderung der Arbeiter und unteren und mittleren Beamten wird mit dem Hinweis erhoben, daß das Existenzminimum nicht erreicht sei und mindestens erreicht werden müsse.

Wenn das gestellte Ziel so einfach wäre und mit der Auszahlung größerer Mengen Papierfetzen erreicht werden könnte, dann müßte es in Deutschland längst erreicht sein. Und dann wäre es in Oesterreich, wo die Maschinen zur Herstellung der Banknoten in noch rasenderem Tempo laufen, als in Deutschland, erst recht erreicht und die russischen Arbeiter und Beamten müßten sich wie Bourgeois fühlen, denn sie erhalten jetzt Monatsbezüge an Papierfetzen, die früher ein Vermögen darstellten und von deren Zinsen früher eine Familie ein ganzes Jahr anständig leben konnte. In Deutschland aber, wie auch in Oesterreich, und vor allem in Rußland, steigt die Summe des Existenzminimums schneller als das Einkommen und günstigenfalls geht es den breiten Schichten des Proletariats in seinem Streben, das Existenzminimum zu erreichen, so wie dem Hund, dem man auf einer Verlängerung der Wagenbedeckel, an der er zu ziehen hat, eine Wurst andrückt. Er kann sie nicht erreichen, mag er noch so schnell laufen — die Distanz bleibt dieselbe.

Die Forderung auf Gewährung des Existenzminimums, durch Erhöhung des Einkommens, mag in einem Gemeinwesen, dessen Wirtschaft gut funktioniert und prosperiert und das weder für Zwecke des eigenen, noch für die anderer Länder gewaltige Summen aufzubringen hat, berechtigt und durchführbar sein. In einem Lande aber, dessen Produktion an allen Ecken und Enden gelähmt ist, das gewaltige soziale Lasten zu tragen und ungeheure Summen an Kriegsschuldungen aufzubringen hat, und das überdies in seinen Rohstoffbezügen und in seinem Absatz an Waren in weitgehendem Maße vom internationalen Markt abhängig ist, gleicht die Forderung einem Phantom.

Wir schreiben das nicht, um dem Proletariat in seinem schweren und notwendigen Kampfe um Besserung seiner sozialen Lage hinderlich zu sein und um der bestehenden Klasse das Recht einzunehmen, die Forderungen der arbeitenden Schichten abzulehnen; nein, wir schreiben das, um die Arbeiterschaft von dem Wahn zu heilen, daß sie allein durch Erhöhung ihres Stunden- oder Monatslohnes das Ziel erreichen könnte. Jeder, ob Beamter oder Arbeiter, der in Beschäftigung steht, wird zu seinem Teil feststellen können — Ausnahmen scheidet immer aus —, daß sich sein Einkommen seit Jahresfrist wesentlich erhöht hat, und er wird ebenso feststellen müssen, daß sich seine wirtschaftliche Lage nicht gebessert hat. Die Frage der Erreichung des Existenzminimums hat eben tiefere Gründe und muß vom nationalökonomischen Standpunkt, unter Berücksichtigung der internationalen Lage, geprüft werden.

Als Existenzminimum gilt ein Einkommen, das ausreichend ist, um die Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Wohnung und Kulturansprüche für sich und die Angehörigen der Familie zu bestreiten. Dabei ist aber die Frage zu stellen, ob das Gesamteinkommen der Nation so groß ist, daß das Existenzminimum allen Angehörigen der Nation gewährt werden kann. Der gerechteste Zustand wäre es wohl, wenn das gesamte Nationaleinkommen nach gleichen Grundätzen zur Verteilung gelangte. Das Existenzminimum für alle Klassen der Bevölkerung ist verhältnismäßig leicht in den Ländern zu erreichen, die am wenigsten oder gar nicht auf den internationalen Markt angewiesen sind. Das trifft zu auf Rußland, Amerika und England mit seinen Kolonien. Diese Länder verfügen über alle Rohstoffquellen, aus denen der Bedarf gedeckt werden kann, und sie haben so viel Ackerland, Wald und Vieh in Besitz, daß sie ausreichende Mengen Nahrungsmittel und Baumwolle ernten, Holz fällen und Wolle und Leder gewinnen können. Wenn in diesen Ländern Vorworte die arbeitenden Massen in der Regel des Existenzminimums nicht erreicht, dann liegt das daran, daß die Produktivität noch nicht genügend gesteigert ist, daß das Unternehmertum erheblichen Mehrwert in Anspruch nimmt oder daß die Zahlungsmittel von allen Schichten des Volkes aus dem nötigen Kreislauf zurückgehalten, also gespart und nicht zu produktiven Zwecken angelegt werden.

Biel schwerer fällt es den arbeitenden Massen in dem kontinentalen Deutschland, das im eigenen Lande weder ausreichende Rohstoffquellen noch genügend Acker, Wald und Vieh hat und demzufolge Rohstoffe für die Industrie und Nahrungs- und Futtermittel einführen muß. Das Volk eines solchen Landes kann nur bestehen, wenn ihm der internationale Markt erschlossen ist und es von ihm die nötigen Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel einführen kann. Mit der Einfuhr allein aber ist es nicht getan, denn die Bezahlung dafür kann nur in wertvollen Zahlungsmitteln erfolgen. Solche Zahlungsmittel sind nun entweder Gold, oder Papiernoten, für die eine ausreichende Goldbede vorhanden ist. Eine solche Goldbede hat Deutschland vor dem Kriege nicht besessen und hat es heute noch viel weniger. Der internationale Austausch erfolgte daher in der Weise, daß die bezogenen Rohstoffe gegen Fertigerwaren getauscht wurden.

Der vom deutschen Volke erzeugte Warenwert ist viel geringer, als er zur Gewährung des Existenzminimums benötigt wird. Die Warenproduktion ist durch den Krieg und durch den Friedensvertrag ganz erheblich vermindert und belästigt sich erst

Erste 6
Kuch
Neue
müße-
serven
einste
ttbohnen
4.-
tenpüree
5.-
Kuch
irmanden-
Anzug
iten billig ab-
Wiederkehr
IV. Unts.
-Faden
abzugeben.
cher, Lulson
asse 73 a II. 2m
elongues
280 M. an
r, Schäferstr. 25.
y-Korb
287
frage 54, 4. 21.
-Herde
u. lachert, beide
e. billig zu ver-
Gelegentliche Jah-
einigungen.
r.), Gartenstr. 18
eigen.
B rügerung,
ht
amittags 2 Uhr,
inauerbrücke
holz aus dem
ffentlich ver-
220
nd nur Hefige
1921, an
mt.
gerung.
ht
amittags 4 Uhr,
amtsalkonnie
35 Pfennig
le, sowie
ind und 1 Pfennig
20
auses öffentlich
Stammgalt
bezogen werden.
1921. und
Anschaffung von
bern betr.
iner Reichsliste zur
ihre Kinder zur
haben
Montag, den 31.
amens und der
der Angabe der
inzuweichen.
1921. 291
zeigen.
abe.
er eingetragen
den 26. Januar
nds 5 Uhr 1. 21
20.70 M. je
eife von 26.00
lenbittels zum
Lager Wein
rei Keller 1.30
1921.
urlach u. Am
abends 1/8 Uh
etant geben.
bratt. Krst.

Die Presse in England... durch die Presse... die Arbeiter vom Gericht... die Zulassung von Frauen... die Zulassung von Frauen zum Richteramt... die Zulassung von Frauen zum Richteramt... die Zulassung von Frauen zum Richteramt...

(Beifall rechts, Lärm links), ein Verfahren gegen ihn zu fordern, wenn die Untersuchung des Reichsgerichts feststellt hat, daß ein Verstoß des Staatsrates gegen ihn vorliegt? (Großer Lärm auf der äußersten Linken, Beifall rechts.) Gegen Kapp und die übrigen Beteiligten am Hochverrat sind Strafbefehle erlassen und die Vermögensbeschlagnahme angeordnet worden. Die deutsche Justiz steht so hoch, daß sie sich auch durch Ihre ungerechtfertigten Beleidigungen nicht hindern lassen wird, Recht zu sprechen auch für Sie. (Beifall rechts, Unruhe links.) Ich warne Sie dringend, mit der Gewalt zu spielen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Der Gewalt wird die Reichsjustizverwaltung mit der allergrößten Energie und Erfolg gegenüberzutreten. (Stürmischer Beifall rechts, Lärm auf der äußersten Linken, langanhaltender Beifall rechts.)

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Reklamevorkommen, erheben aber deshalb nicht wie die kommunistischen Interpellationen den Vorwurf der dummernden Nachahmung. Da wir so nahe sind, die Befreiung möglich zu machen, müssen wir verlangen, daß die Frauen gleichberechtigt mit den Männern als Schöpferinnen und Geschöpfen zu gelten werden. Bei der Auswahl der Schöpferinnen und Geschöpfen müssen alle Bevölkerungsklassen berücksichtigt werden. Die Rednerin begründet sodann den von den weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag, durch einen beschleunigten Gesetzentwurf die Frauen unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwältinnen zuzulassen. Wir fordern eine zeitnahe Reform des Familienrechts. Das Scheidungsverfahren ist eine unzureichende Probe geworden. Überhaupt unbillige Prozesse müssen jetzt geändert werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehebindungen erleichtert werden. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Den Männern gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbefugte Mädchen müssen schärfer bestraft werden und das Schulalter der Mädchen auf 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinaus müssen. Die Reglementierung der Prostitution entspricht nicht den Wünschen der Frauen. In das Strafrecht gehören solche Bestimmungen nicht. Bei allen Fragen unserer Justiz darf niemals vergessen werden, daß es zweierlei Geschlechter gibt.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Reklamevorkommen, erheben aber deshalb nicht wie die kommunistischen Interpellationen den Vorwurf der dummernden Nachahmung. Da wir so nahe sind, die Befreiung möglich zu machen, müssen wir verlangen, daß die Frauen gleichberechtigt mit den Männern als Schöpferinnen und Geschöpfen zu gelten werden. Bei der Auswahl der Schöpferinnen und Geschöpfen müssen alle Bevölkerungsklassen berücksichtigt werden. Die Rednerin begründet sodann den von den weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag, durch einen beschleunigten Gesetzentwurf die Frauen unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwältinnen zuzulassen. Wir fordern eine zeitnahe Reform des Familienrechts. Das Scheidungsverfahren ist eine unzureichende Probe geworden. Überhaupt unbillige Prozesse müssen jetzt geändert werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehebindungen erleichtert werden. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Den Männern gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbefugte Mädchen müssen schärfer bestraft werden und das Schulalter der Mädchen auf 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinaus müssen. Die Reglementierung der Prostitution entspricht nicht den Wünschen der Frauen. In das Strafrecht gehören solche Bestimmungen nicht. Bei allen Fragen unserer Justiz darf niemals vergessen werden, daß es zweierlei Geschlechter gibt.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Reklamevorkommen, erheben aber deshalb nicht wie die kommunistischen Interpellationen den Vorwurf der dummernden Nachahmung. Da wir so nahe sind, die Befreiung möglich zu machen, müssen wir verlangen, daß die Frauen gleichberechtigt mit den Männern als Schöpferinnen und Geschöpfen zu gelten werden. Bei der Auswahl der Schöpferinnen und Geschöpfen müssen alle Bevölkerungsklassen berücksichtigt werden. Die Rednerin begründet sodann den von den weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag, durch einen beschleunigten Gesetzentwurf die Frauen unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwältinnen zuzulassen. Wir fordern eine zeitnahe Reform des Familienrechts. Das Scheidungsverfahren ist eine unzureichende Probe geworden. Überhaupt unbillige Prozesse müssen jetzt geändert werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehebindungen erleichtert werden. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Den Männern gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbefugte Mädchen müssen schärfer bestraft werden und das Schulalter der Mädchen auf 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinaus müssen. Die Reglementierung der Prostitution entspricht nicht den Wünschen der Frauen. In das Strafrecht gehören solche Bestimmungen nicht. Bei allen Fragen unserer Justiz darf niemals vergessen werden, daß es zweierlei Geschlechter gibt.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Reklamevorkommen, erheben aber deshalb nicht wie die kommunistischen Interpellationen den Vorwurf der dummernden Nachahmung. Da wir so nahe sind, die Befreiung möglich zu machen, müssen wir verlangen, daß die Frauen gleichberechtigt mit den Männern als Schöpferinnen und Geschöpfen zu gelten werden. Bei der Auswahl der Schöpferinnen und Geschöpfen müssen alle Bevölkerungsklassen berücksichtigt werden. Die Rednerin begründet sodann den von den weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag, durch einen beschleunigten Gesetzentwurf die Frauen unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwältinnen zuzulassen. Wir fordern eine zeitnahe Reform des Familienrechts. Das Scheidungsverfahren ist eine unzureichende Probe geworden. Überhaupt unbillige Prozesse müssen jetzt geändert werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehebindungen erleichtert werden. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Den Männern gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbefugte Mädchen müssen schärfer bestraft werden und das Schulalter der Mädchen auf 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinaus müssen. Die Reglementierung der Prostitution entspricht nicht den Wünschen der Frauen. In das Strafrecht gehören solche Bestimmungen nicht. Bei allen Fragen unserer Justiz darf niemals vergessen werden, daß es zweierlei Geschlechter gibt.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Wir erkennen an, daß Reklamevorkommen, erheben aber deshalb nicht wie die kommunistischen Interpellationen den Vorwurf der dummernden Nachahmung. Da wir so nahe sind, die Befreiung möglich zu machen, müssen wir verlangen, daß die Frauen gleichberechtigt mit den Männern als Schöpferinnen und Geschöpfen zu gelten werden. Bei der Auswahl der Schöpferinnen und Geschöpfen müssen alle Bevölkerungsklassen berücksichtigt werden. Die Rednerin begründet sodann den von den weiblichen Abgeordneten aller Parteien gestellten Antrag, durch einen beschleunigten Gesetzentwurf die Frauen unbeschränkt als Richter, Staats- und Rechtsanwältinnen zuzulassen. Wir fordern eine zeitnahe Reform des Familienrechts. Das Scheidungsverfahren ist eine unzureichende Probe geworden. Überhaupt unbillige Prozesse müssen jetzt geändert werden. Die Heiligkeit der Ehe wird untergraben, wenn nicht die Ehebindungen erleichtert werden. (Widerspruch rechts und im Zentrum.) Auch die Rechte der Hausfrau bedürfen eines starken Schutzes. Den Männern gegenüber ist die Frau rechtlos. Verbrechen gegen unbefugte Mädchen müssen schärfer bestraft werden und das Schulalter der Mädchen auf 16 Jahre heraufgesetzt werden, gerade weil so viele Mädchen mit 14 Jahren ins Leben hinaus müssen. Die Reglementierung der Prostitution entspricht nicht den Wünschen der Frauen. In das Strafrecht gehören solche Bestimmungen nicht. Bei allen Fragen unserer Justiz darf niemals vergessen werden, daß es zweierlei Geschlechter gibt.

Berlin, 26. Jan. Der Reichstag hat unter dem 16. Dez. 20 einen ständigen Ausschuss von 21 Mitgliedern für Beamtenangelegenheiten eingesetzt, der insbesondere die Aufgabe hat, in dauernder Verbindung mit der Reichsregierung und den Vertretern der Beamtenchaft die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Bedeutung für die Beamtenchaft fortlaufend zu verfolgen und notwendig werdende Maßnahmen unverzüglich zu veranlassen. Dieser Ausschuss hielt am 26. Jan. seine erste Sitzung ab und erhob dagegen Einspruch, daß der Beamtenausschuss nicht mit der letzten Regelung der Teuerungszuschläge befaßt worden ist.

Aus der Partei Agitationsbezirk Karlsruhe
Bildungsvorträge
Spielberg: 29. Jan., 8 Uhr. Thema: „Lassalles Leben und Wirken“. Referent: Gen. L. r. i. n. k. - Karlsruhe.
Stein: 29. Jan., 8 Uhr. Thema: „Parteiprogramm“. 4. Vortrag. Referent: Gen. R. e. i. s. m. a. n. n. - Forstheim.
Oberweier: 29. Jan., 8 Uhr, im „Hirsck“. Thema: „Schulfragen“. Referent: Gen. M. a. r. k. - Weingarten.
Vietenheim: 30. Jan., 3 Uhr, im „Hirsck“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Ref.: Gen. L. ö. f. f. l. e. r. - Egenstein.
Durlach: 30. Jan., 10 Uhr, in der Friedrichschule, Zimmer 23. Thema: „Geschichte des Sozialismus“, 1. Vortrag. Referent: Genosse L. r. i. n. k.
Vintenheim: 30. Jan., 3 Uhr, im „Lamm“. Thema: „Steuerpolitik“. Referent: Gen. H. e. d. - Forstheim.
Palmbach: 30. Jan., 8 Uhr, im „Möhen“. Thema: „Arbeiterkampf“. Referent: Gen. R. e. e. h. - Karlsruhe.
Kastatt: 30. Jan., 7 Uhr, im „Anter“. Thema: „Geschichte des Sozialismus“, 4. Vortrag. Referent: Gen. L. r. i. n. k.
Sagfeld: 30. Jan., 8 Uhr, im „Hirsck“. Thema: „Französische Revolution“. Referent: Gen. B. ö. h. r. i. n. g. e. r. - Sagfeld.
Bretten: 30. Jan., 8 1/2 Uhr, im „Württembergischer Hof“. Thema: „Gemeindepolitik“. Referent: Genosin S. t. e. h. - Durlach.
Durlach: 31. Jan., 8 Uhr, im „Lamm“. Thema: Die deutsche Revolution 1848/49“. Ref.: Gen. M. o. s. t. b. a. c. h. - Karlsruhe.
Blankenlosh: 5. Febr., 8 Uhr, im „Schwanen“. Thema: „Versicherungswesen“. Referent: Gen. E. r. b. - Karlsruhe.
Vuloh: 5. Febr., 8 Uhr, in der „Krone“. Thema: „Ursprung der Familie“. Referent: Genosse V. e. r. t. s. c. h. - Eettingen.
Wühl: 5. Febr., 7 Uhr, in der „Fortuna“. Thema: „Christentum und Sozialismus“. Ref.: Gen. L. ö. f. f. l. e. r. - Egenstein.
Obertrot: 5. Febr., 8 1/2 Uhr, in der „Blume“. Thema: „Sozialisierungsfragen“. Referent: Genosse M. ü. c. k. e. r. t. - Karlsruhe.
A. - Reuent: 5. Febr., 7 1/2 Uhr, im „Feldschloßchen“. Thema: „Der Bauernkrieg“. Referent: Genosse L. r. i. n. k.
Achern: 6. Febr., 3 Uhr, in der Realschule. Thema: „Gemeindepolitik“. Referent: Genosse M. a. p. p. - O. s.
Durlach: 6. Febr., 10 Uhr, in der Friedrichschule, Zimmer 23. Thema: „Geschichte des Sozialismus“, 2. Vortrag. Referent: Genosse L. r. i. n. k. - Karlsruhe.
Kastatt: 6. Febr., 7 Uhr, im „Anter“, Thema: „Politische Lage“. Referent: Gen. S. i. g. m. u. n. d. - Karlsruhe.
Wir bitten die Genossinnen und Genossen obige Veranstaltungen fleißig zu propagieren.
Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

f. Weingarten, 26. Jan. (Sozialdem. Verein.) Die Jahreshauptversammlung findet kommenden Sonntag, 30. Jan., nachmittags 2 Uhr im „Möhen“ statt. Die Mitglieder werden ersucht, sich vollständig einzufinden. Die Mitgliedskarten und -bücher sind mitzubringen. Die säumigen Beitragzahlser sind auch an die Entrichtung des Pflichtbeitrags von 1.- (Sekretariatsbeitrag) erinnert.

Gewerkschaftliches Kommunisten-Torao
Aus Halle a. S. geht dem „Vorwärts“ nachstehende Schilderung zu:
Nach der Revolution wurde im Bureau des Metallarbeiterverbandes eine gründliche Radikalisierung vorgenommen. Die Angestellten und Bureauarbeiter, die der S. P. D. angehörten, wurden teils hinausgedrängt, teils veranlaßt, der U.S.P. beizutreten. Der bisherige Bevollmächtigte wurde im Bureau beiseite, an seinen Posten aber ein U.S.P.-Mann gestellt. Das ging ja lange, bis sich die U.S.P. spaltete. Jetzt erhalte die U.S.P.-Größen ihr Schicksal. Der Bevollmächtigte kam neben den anderen U.S.P.-Leuten auf die „schwarze Liste“, hatte aber Glück und fiel die Treppe hinauf. Er wurde Bezirksleiter. Birta ein halbes Duzend Kommunisten führten jetzt im Verbandsbureau das Repter. Wie die Herrschaften sich dort einmischten, zeigt folgender Vorfall. In einer Versammlung kommt

Das Festschwein

Meinstadtschicht von Ferdinand Madlinger
Schon sieben Stunden tobte der vaterländische Festtagstauel in dem geräumigen Tanzsaal des „Jahlinger Hofes“. Er mochte in nebelhaften Zigarrenqualm durch den Raum, glühte als feurige Firtelenliebe auf hochroten Gesichtern, brütete als übermütiges nationales Kraftgefühl in der Glühhitze, die von zwei Kohlenlöfen ausgepudt wurde.
Um 7 Uhr abends hatte es pünktlich begonnen. Der umschichtige Wirt hatte die Defen tüchtig beheizt. „Heut muß was draufgehen“, sagte er zu den Wägden; man wußte nicht, meinte er Kohlen oder Getränke. Vielleicht beides. Jedenfalls lag ein innerer Zusammenhang zwischen beiden nämlich auf der Hand.
Alles war zugehen, was zu den Gutgesinnten zählte oder Wert darauf legte, dafür zu gelten. Bestimmt fanden sich viele darunter, denen die Befundung vaterländischer Gewinnung durch Hochrufen leichter fiel, als durch Abgabe gewissermaßen Steuererklärungen. Das uferlose Saufen, eine ohnehin nicht unbeliebte Tätigkeit, diente heute dem zehnten Nebenweck, die bürgerliche Ehre zu steigern, und gewann das Ansehen einer verdienstlichen Tat.
Reden waren gehalten, Loaste geschmettert. Im offiziellen Teil die programmatischen und bestimmlichen auf Seine Majestät, den allergnädigsten Landesherrn, das herrliche Vaterland, die kaiserliche Marine, auf das deutsche Vaterland, die Kolonien, das heimische Armeekorps. Zu der Fidelity traten weitere hinzu: solche auf die Stadt Steinach, auf die Gemütsfreiheit und gleich dahinter, gewissermaßen als Kontrast, auf den Herrn Oberamtmann Willareth, dann auf die Damen, auf den Gerblibranten, Stadtrat, Ehrenbürger und Millionär Traub — er hatte zum Feit einen Panzer Bier geschmissen —, dann auf den Bürgermeister, den Stadtkammermeister und den Gaswerksdirektor, und schließlich der Rede nach auf jeden einzelnen der in Gala anwesenden Herren Referentoffiziere. Denn die, im blühenden Glanz von Epauletten und

Orden, verliehen dem Kommerz eine besondere Feierlichkeit und hoben die Veranstaltung auf die Stufe einer unanzweifelbar „höheren“ Sauferei.

Mit den schäumigen Strömen heller und dunkler Bierforten wurden die durstigen Gurgeln geschmiert und nach all den brauenden Hurras, dem Schwertgeklirr und Rogensprall, dem Lärmen und Rauschen zu neuen Selbigen gestimmt. Der liberale und der bündlerische Gelangetverein gab in edelm Wettritt ihre reizendsten Weiken zum besten. Die „deutschen Lorner“ in ihren Porzellanern mit schwarzbrotten Gürteln stellten waghalsige Pyramiden. Der oberste Mann schwenkte immer zwei Fäbnchen, ein schwarzweißrotes und ein gelbrotes.

Die ersten und weiteren Vorträge drängten sich jetzt in fast zu rascher Folge. Des Beifallstunsens war kein Ende. Die Palme des Abends errang unstreitig der bucklige Schneider Schlichtpupp mit einem angeblich selbstgedichteten Original-Couplet „Der Turnbruder Knideitz“, welches also anhub:

„Reich fromm fröhlich frei
Ist die ganze Turnerei.
Wenn die Madel Turner sehn,
Ihre Herzen gleich aufsehn,
Und besonders nur für mich
Schwärmern sie ganz fürchterlich,
Wenn man in weißer Hose stehi,
Des macht Effekt.“

Die dröhnenden Applausstaben, die auf den poetischen Schneider niederprasselten, ließen die anderen Ehrgeizigen nicht ruhen. Alle Augenblicke schwang sich einer auf die Bühne. Jeder Stiff, der einmal etwas gelernt hatte, wollte sein Licht leuchten lassen. Und wenn er gefiel, gab er noch etwas drein und später kam er gewöhnlich nochmal, um „auf allgemeinen Wunsch“ ein Weiteres aufzusagen. Denn der Erfolg steigert die Kräfte und besueert auch den Schwächlingen zu ungeahnten Leistungen. Und der Redaktor Rühle von der „Bürgerzeitung“ vermerkte gewissenhaft alle Namen im Notizbuch.

Am Offizierisch hatte sich inzwischen der Lehramtspraktikant Stierming erhoben, ein fideles Huhn und bekannt als ausgelassener Spaßmacher, wenn er gerade seinen Tag hatte. Man glaubte, er suche den Hof.
Auf einmal stand er auf der Bühne. Er schwankt merklich bei der Verbeugung und wuchte den Säbel zu Stütze nehmen, um seinen Stand zu festigen. Und während das Stimmengewirr, das Lachen und Zutrinken, das Klirren der Biergläser an der Einfünkste mählich abstaute legte er mit erkinstelt schnarrendem Leutnantston zu einem Vortrag los:

„Gefinnungsparade!
Verwachsene Fräse, die Hofen zu eng,
Die Geschlechter rasiert und so feierlich streng,
Benzinindustriewandert die weichen Glaces,
Mit Helmbusch die Herren vom Fortree,
Beamte, die nie man beim Gottesdiene sah,
Heut sind sie alle vollständig da;
Beim Festessen donnernd der Trinkspruch shall
Mit vielen Worten und wenig Gehalt.
Die Völler tragen, Hurrah wird gebüllt,
Der Selbpropp knallt, die Begeisterung schwüllt,
Und wer nicht am Abend sein Käufchem hat,
Der gilt als Lump und Sozialdemokrat!“

— Was war das? Die Festgesellschaft, soweit sie überhaupt zugehört hatte, war platt. An den vordersten Tischen, bei den „Epigen“, trat eine peinnliche Stille der Verwunderung ein. Doch wahrte sie nicht lange. Denn links drüber auf den Bänken der Keinen Bürgersteuer erhob sich ein lebhaftes, wie schadenfreudiges Pravo, ein demonstratives Klatschen, fast ebenso andauernd wie bei dem Vortrag des Schneiders Schlichtpupp. Am Offizierisch war man sichtlich betreten. „Skandal!“ hörte man ergrimmt rufen. Der humoristisch angeflogene Leutnant, selbstzufrieden als hätte er den blendendsten Wit gemacht, warnte seinem Plabe zu.

Wie hatte er das gemeint? Satire oder Selbstironie oder — ja zum Teufel, dieses Ding im weichdesten Simplicity-Stil war doch eigentlich eine glatte Verhöhnung! Wie konnte ein Offizier in Uniform —

Wirtschafts (Soz.): Dies geht für beide Seiten. Bei der Sozialisierung muß man jedoch vorsichtig sein und darf keine Experimente machen. Wir bemühen uns ständig, um an die wirtschaftlichen Kreise heranzukommen. Hier haben wir die Sozialisierung. Zur Deutung der Produktion ist der Fleiß und die Arbeitsfreudigkeit der Produzenten nötig. Das große Kennen nach dem Namen...

Stadt und Land in der Ortsklasseneinteilung
 Vom Lande schreibt uns eine Lehrerin: Der neue Lehrertafelplan ist erschienen; er zeigt ein ganz eigenartiges Bild in der Verteilung der Stellen zwischen Stadt und Land. Betrachtet man die Verhältnisse in der Karlsruher Lehrerschaft etwas näher. In Karlsruhe sind 451 Lehrer, davon sind 171 von Karlsruhe gebürtig; von diesen 171 Lehrern sind 140 „weibliche“. Ist das nicht eine unerhörte Zahl. Dazu kommen noch eine Anzahl, deren Eltern oder Verwandte in Karlsruhe und Umgebung wohnen. Diese alle genießen die Wohnstätten der Ortsklasse A der Gehaltsordnung. 171 Lehrer sind unbeschäftigt, also ohne Familie, sie erhalten auch den Ortszuschlag nach Klasse A, nämlich 4000 M.; ein Landlehrer auf einem Schwarzwalddorfe in Klasse E erhält 1800 M., er hat 4-5 Kinder, die er zur Ausbildung in der Stadt schicken muß. Ist dies Recht und Gerechtigkeit? Wenn eine Stelle in der „Stadt“ zu besetzen ist, so erhalten diese durchgehends nur ganz junge unbeschäftigte Kräfte, während die „Älteren“ sitzen bleiben! Es darf überhaupt festgesetzt werden, daß die Lehrereinnahmen viel zu viel „protegiert“ werden. 430 Lehrer sind ohne Stellen, und trotzdem bleiben die Kriegsteilnehmerinnen sogar Witwen und Frauen im Dienste, auch wenn sie Pension beziehen. In allen anderen Beamtenkategorien wurden die weiblichen Kräfte vermindert, nur bei der Lehrerschaft nicht. Es wäre nötig, daß vielleicht bei Beratung des Unterrichtsrechts im Landtag auch hierüber gesprochen würde.

Die badischen Reichstagsabgeordneten haben bei der namentlichen Abstimmung des Reichstags über den unabhängigen Antrag auf Aufhebung der Besetzung des derzeitigen Ausnahmestandes in Bayern wie folgt abgestimmt: Mit Ja die Sozialdemokraten G. Mannheimer, Niedmüller und Schöpplin und der unabhängige Schwarz; mit Nein die Zentrumsabgeordneten Damm, Erting, Fehrenbach, Frenmann, Dr. Wirth, die Deutschdemokraten Dietrich und Dr. Haas, der Liberale Volksparteiler Dr. Curtius und der Deutschnationale Dr. Düringer; gefehlt haben unentschieden: Diez (Zentr.), Ged. Offenbar (L. S.) und Fischer (D.N.).

Der Leiter des Redaktionsamtes Mannheim Dr. Karl Spieß, als Referent zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus berufen worden ist. — Amtmann Selmut W. L. ler wurde zum Oberamtmann in Stodach ernannt.

Zur Verwertung der Lokomotivlochschnitten ist beabsichtigt, eine Schienenverwertungsgesellschaft m. b. H. zu bilden, an der die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe und Interessenten aus den badischen Industrien beteiligt sind.

Die verurteilten Sünder
 nachdem nach dem, was unten ist und nicht nach dem, was oben ist (Geistlich). — Abg. Dr. Schöfer (Ztr.): Der Redner kennt die Bibel nach. Durch zur Verfügungstellung von künstlichen Düngemitteln muß der Boden ertragreich gemacht werden. Dann müßte man auch erkennen — Herr Abg. Weßhauß jagt wieder ein Klagebild —, daß die Knechte und Mägde heute einen anderen Lohn als früher erhalten müssen. Wenn heute das Industrieproletariat seine Bedarfsartikel einmengen erlangen wollte, so reichden die heutigen Löhne in keiner Weise aus. Wir müssen also nach allmählichem Abbau der Zwangsverhältnisse trachten, damit im kommenden Jahre die freie Wirtschaft eingeführt werden kann, heute ist jedoch die freie Wirtschaft noch nicht möglich. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. — Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte. — Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Im Eingang des Landtags befindet sich der Entwurf über die Abänderung des Gesetzes über den Verwaltungsgerichtsbarkeit und das Verwaltungsgerichtliche Verfahren, wonach vor allem in Falle eines Bedürfnisses auf Antrag des Präsidenten Verwaltungsgerichte berufen werden und alle Ernennungen vom Staatsministerium vorzunehmen sind. Weiter sind eine Reihe von Bestimmungen eingegangen betr. die Beförderungsordnung, betr. die Beförderung verschiedener Beamtenkategorien, betr. Neuauflage eines Ortsklassenverzeichnis, betr. der Erträge der domänenwirtschaftlichen Probsterwaldwiesen usw.

Baubund-Möbel
 Verkauf gegen Teilzahlung
 in solider Ausführung den veränderten Verhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepaßt
 Verkauf gegen Barzahlung bei der gemeinnützigen Hausratgehilfschaft
Bad. Baubund G. m. b. H.
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
 Geschäftsbüro: Bernspacher 5157
 Tägl. geöffnet vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Badische Politik

Stadt und Land in der Ortsklasseneinteilung
 Vom Lande schreibt uns eine Lehrerin: Der neue Lehrertafelplan ist erschienen; er zeigt ein ganz eigenartiges Bild in der Verteilung der Stellen zwischen Stadt und Land. Betrachtet man die Verhältnisse in der Karlsruher Lehrerschaft etwas näher. In Karlsruhe sind 451 Lehrer, davon sind 171 von Karlsruhe gebürtig; von diesen 171 Lehrern sind 140 „weibliche“. Ist das nicht eine unerhörte Zahl. Dazu kommen noch eine Anzahl, deren Eltern oder Verwandte in Karlsruhe und Umgebung wohnen. Diese alle genießen die Wohnstätten der Ortsklasse A der Gehaltsordnung. 171 Lehrer sind unbeschäftigt, also ohne Familie, sie erhalten auch den Ortszuschlag nach Klasse A, nämlich 4000 M.; ein Landlehrer auf einem Schwarzwalddorfe in Klasse E erhält 1800 M., er hat 4-5 Kinder, die er zur Ausbildung in der Stadt schicken muß. Ist dies Recht und Gerechtigkeit? Wenn eine Stelle in der „Stadt“ zu besetzen ist, so erhalten diese durchgehends nur ganz junge unbeschäftigte Kräfte, während die „Älteren“ sitzen bleiben! Es darf überhaupt festgesetzt werden, daß die Lehrereinnahmen viel zu viel „protegiert“ werden. 430 Lehrer sind ohne Stellen, und trotzdem bleiben die Kriegsteilnehmerinnen sogar Witwen und Frauen im Dienste, auch wenn sie Pension beziehen. In allen anderen Beamtenkategorien wurden die weiblichen Kräfte vermindert, nur bei der Lehrerschaft nicht. Es wäre nötig, daß vielleicht bei Beratung des Unterrichtsrechts im Landtag auch hierüber gesprochen würde.

Die badischen Reichstagsabgeordneten haben bei der namentlichen Abstimmung des Reichstags über den unabhängigen Antrag auf Aufhebung der Besetzung des derzeitigen Ausnahmestandes in Bayern wie folgt abgestimmt: Mit Ja die Sozialdemokraten G. Mannheimer, Niedmüller und Schöpplin und der unabhängige Schwarz; mit Nein die Zentrumsabgeordneten Damm, Erting, Fehrenbach, Frenmann, Dr. Wirth, die Deutschdemokraten Dietrich und Dr. Haas, der Liberale Volksparteiler Dr. Curtius und der Deutschnationale Dr. Düringer; gefehlt haben unentschieden: Diez (Zentr.), Ged. Offenbar (L. S.) und Fischer (D.N.).

Der Leiter des Redaktionsamtes Mannheim Dr. Karl Spieß, als Referent zur Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus berufen worden ist. — Amtmann Selmut W. L. ler wurde zum Oberamtmann in Stodach ernannt.

Zur Verwertung der Lokomotivlochschnitten ist beabsichtigt, eine Schienenverwertungsgesellschaft m. b. H. zu bilden, an der die Eisenbahngeneraldirektion Karlsruhe und Interessenten aus den badischen Industrien beteiligt sind.

Jugend und Sport

Gegen eine etwaige militärische Ausbildung in Turn- und Sportvereinen und Schulen

in den besten Gebieten werden sich eine Verordnung der Interparlamentarischen Rheinlandkommission. In dem Artikel 1 der Verordnung heißt es:
 „In den besten Gebieten dürfen keine Vereine, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, sich mit militärischen Dingen befassen, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen ausbilden oder ihnen, oder ausüben oder ihnen lassen, oder ihnen irgendeine militärische Ausbildung erteilen, oder entweder direkt oder durch Angliederung an andere Vereinigungen mit den Kriegsmitteln, mit der Waffe oder mit irgend einer militärischen Verbindung versehen.“

Riedelsheim, 28. Jan. Die heute nachmittag veranstaltete Versammlung der „Arbeiter-Jugend“ erregte sich leider nicht des Ruhmes derjenigen, die hier in erster Reihe in Betracht kamen. So waren denn die jähren Worte unserer Jugendgenossen in Schiefler vorwiegend an die älteren Parteigenossen gerichtet. Der herrliche Beifall möge ihr aber doch bewiesen haben, daß sie nicht unsonst für die Ideale der Jugendbewegung geworben hat. Auch die Aussprache zeigte, daß man in Riedelsheim am Werk ist, eine Jugendorganisation zu schaffen. Das wird nicht ganz leicht sein, denn die Wege zur Jugend sind auf dem Land andere als in der Stadt. So manches für die Stadtjugend wichtige ist, kommt hier weniger in Betracht. Man muß auch hier mit größeren Widerständen der vielen alten Gewerkschaft rechnen. Trotzdem soll auch bei uns das Werk der Arbeiterjugend in Angriff genommen werden, und erfreulicherweise fehlt es auch nicht an jungen Kräften, die sich als Führer in den Dienst stellen werden.

Kleine Nachrichten

Berlin, 26. Jan. Wie der „Vorwärts“ meldet, hat sich die Direktion der Ludwig-Löwe-Werke bereit erklärt, den Betrieb unter der Bedingung wieder zu eröffnen, daß der Vorsitzende des Betriebsrates, ein Mitglied des Betriebsrates und ein anderer Angestellter nicht wieder eingestellt werden. Auf Vorschlag des Betriebsrates hat sich die Belegschaft mit 1020 gegen 620 Stimmen für die Wiederaufnahme der Arbeit unter den angegebenen Bedingungen entschieden.

Berlin, 26. Jan. Der mehrheitssozialistische Parteiausflug in Hannover hat den Beschluß gefaßt, an den bisherigen Oberbürgermeister Leypart das Ersuchen zu richten, sein Mandat zurückzugeben.

Berlin, 27. Jan. In Neu-Stettin wurden nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ der Köpfermeister Nowatke und seine Frau in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Nowatke war mit einer Gade erschlagen worden, während seine Frau durch Beiliebe getötet worden war.

Detmold. Das noch ausstehende Mandat zum lippeischen Landtag hat die Mehrheitssozialdemokratie bekommen, sodaß diese Partei 8 Mandate gegen 11 im alten lippeischen Landtag besitzt.

Blantenburg (Harz), 26. Jan. Eine dreiföpfige Bande überfiel gestern abend den Bahnhof Timmenrode. Der betante Bahnhofsvorsteher wurde mit einem Revolver niedergeschlagen und seine Ehefrau gezwungen, beim Durchsuchen der Räume behilflich zu sein. Der Bande ist nur eine kleine Leute, etwa 70 M. und verschiedene Schmuckgegenstände aus dem Privatbesitz des Bahnhofsvorstehers, in die Hände gefallen. Die Telefon- und Telegrafendrähte waren vor der Tat durchschnitten worden.

Wetzlar, 26. Jan. Der Magistrat und die Gesundheitskommission der Stadt Wetzlar haben durch Anschlag die Verbreitung der schwarzen Posten in Wetzlar bekannt.

Gemeindepolitik

Kommunistische Milchpreistreiber

Der Ort Wörich, Amt Etlingen, machte in den letzten Tagen in der Presse von sich reden, es war in ihm ein kleiner Milchkrieg ausgebrochen. Die armen „notleidenden“ Milchproduzenten hielten eine neue Schöpfung der Verbraucher für am Platze, damit es den kranken Frauen, den Kindern und Säuglingen zu gut gehe; und so setzten sie denn den Milchpreis von 1.50 M. auf 2.-M. hinauf. Die Behörde machte aber bekanntlich diesen Taten der Nächstenliebe ein Ende und machte der Gohörig einen Strich durch die Buchrechnung. Interessant sind nun einige Einzelheiten, die wir aus Wörich erfahren haben, und die zeigen, welche merkwürdigen Zeugen und Arbeitervertreter es heutzutage noch gibt. In dieser Milchgeschichte spielen nämlich die sogenannten Kommunisten von Wörich eine gewisse Rolle; ihre Geldentwürde könnte man als Faustlingsherze bezeichnen, wenn man nicht wüßte, daß sie aus grenzenloser Dummheit und Ungeschicklichkeit verübt wurden. In Wörich besteht, wie überall, eine Preisprüfungs-Kommission. Diese Kommission besteht in ihren Konsumentenvertretern bis auf einen Mann aus lauter wackelnden Kommunisten, Marke Wörich! Wie bekannt, liefern die Landwirte, da ihnen der Milchpreis zu gering ist, an die Verteilungsstelle sehr wenig Milch ab. Per Milchpreis wurde nun vor etwa 3 Wochen so ganz im Stillen, hinterrücks auf 2.-M. hinaufgesetzt. Ein Bürger von Wörich meldete diesen Vorgang der nachgebenden Stelle und die Verantwortlichkeit mit dem 2.-M. Preis nahm ein rasches Ende, es kam die Anordnung, die Milch wieder für 1.50 M. auszugeben.

Nun setzten die kommunistischen Gelden der Preisprüfungs-Kommission ein. Die kommunistischen Maulautreiter, die die Herrschaft auf Erden schafften wollen, die den Dummen, die es glauben, täglich die prächtigen Luthilöffel vorzaubern, diese Herren beschimpften zunächst den Bürger, der die Schliche aufgedeckt hatte auf das Gemeinste; Demuzant, Berichter, das waren die Ehren titles, mit denen man ihn belegte. Und dann saßen diese Herrschaften den einmütigen Beschluß, den Milchpreis wieder auf 2 M. hinaufzusetzen! Und verdrücken dabei noch die warmsten Subsidiumsgrößen und Lohndiebereien auf die Bauern. Letzten Freitag führten die Herren dann ihr Schauspiel auch in einer Bürgerversammlung auf!

So vertreten also Arbeiter, Verbraucher, die Interessen der Allgemeinheit! Und die Arbeiterschaft von Wörich läßt sich solch eine „Vertretung“ gefallen. Wir meinen, Leute, die ihre Aufgabe darin sehen, nur das große Wort zu führen, das Maul aufzureißen, Sprüche zu machen, oder elend verlegen, wenn es heißt, praktische Arbeit zu leisten, der Allgemeinheit zu dienen, solche Leute gehören zum Teufel gejagt, sie sind unfähig und unbrauchbar auf ihren Posten. Hoffentlich ziehen die Genossen von Wörich die Konsequenz und machen einmal mit dieser Gesellschaft reinen Tisch.

Heidelberg, 26. Jan. Der Bürgerausschuß bewilligte nicht weniger als 47 672 000 M. für den Neubau an Wohnungen im laufenden Jahre. Es sollen 555 neue Wohnungen erbaut werden und zwar in Reihenhäusern wie in Kleinhäusern der Siedlungsart. Allein etwa 250 Wohnungen sollen auf den Vorort Sandbühlheim entfallen, die übrigen auf Wieblingen, Kirchheim, Pfaffengrund und andere Stadtteile. Die Deckung ist noch nicht sichergestellt, sie soll durch die vom Reich in Aussicht genommene, aber noch nicht genehmigte Wohnabgabe gedeckt werden.

Baubund-Möbel
 Verkauf gegen Teilzahlung
 in solider Ausführung den veränderten Verhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepaßt
 Verkauf gegen Barzahlung bei der gemeinnützigen Hausratgehilfschaft
Bad. Baubund G. m. b. H.
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
 Geschäftsbüro: Bernspacher 5157
 Tägl. geöffnet vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Anfeuerholz
 Schälabfallholz zu Anfeuern laufend billig abzugeben.
Zigarrenfabrik Warschlo
 Zuisenstraße 24.

Gestirnte Fahnen und Banner
 in jeder Ausführung.
 Kostenschätzungen, Entwürfe bereitwilligst.
H. Kraweuhl
 Stettin.

Diebstahl
 vernichtet verblüffend
Golignif
 5-600 Kart. geruchlos, in Apotheke u. Drogerie.

Sinner
 „Schaffen! - Was Ihr vor Euch seht, Schaff' ich durch Sinner Qualität!“
 Puddingpulver, Backpulver, Creme, Speisen, Würze
 Die Sinner-Mark

Neue Sprachen
 (Englisch - Französisch - Italien. usw.)
 in und außer dem Hause
 Einzel u. Klassen - Erfolg in 60 Stunden
 System Ritter 2373
 Anmeldung tägl. 9-11, 1-3 Körnerstr. 30
 Privatlehrer: H. K. Ritter.

Tatsache
 ist es, dass alle zerrissenen Strümpfe tadellos erneuert werden in der Strümpferneuerungs-Anstalt
L. Engelhard, Gartenstr. 11, Hth. III.

Post nach Südamerika Von jetzt an können Postpakete ohne Wertangabe und ohne Nachnahme bis 5 Kilogramm nach Argentinien und bis 3 Kilogramm nach Bolivien und Paraguay und bis 3 Kilogramm nach Paraguay zur Beförderung über Hamburg mit Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie und der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft angenommen werden. Nähere Auskunft erteilen die Postämter.

Lehrerprüfung. Die nächste Lehrprüfung wird am 5. April in Karlsruhe beginnen. Die Anmeldungen hierzu sind bis zum 1. März beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Siedenheim bei Heidelberg. 26. Jan. Beim Transport eines Weinsoffes wurde der Küfer nicht losgelassen.

Wahlkreis. 26. Jan. Am heutigen Abend hat sich vor einer Zeit eine Frau unter Vorzeigung eines Bankausweises von einem Postbeamten einen von einer Frau gerichtet Brief ausfindig gemacht. In der Annahme, daß es sich um die Empfängerin handelte, wurde der Brief auspackend. Er enthielt mehrere Hundert Mark. Es hat sich herausgestellt, daß es sich um einen Schmiedel handelte.

Waldkirch. 26. Jan. Eine vom Gemeinderat Waldkirch und vom Reichsverein erberuene Versammlung befaßt sich mit der Angelegenheit des Ausbaues der Elstalbahn von Elzach ins Angstadt und nahm einstimmig eine Resolution an, in der auf die Notwendigkeit einer engeren und besseren Verbindung mit dem Reich und insbesondere mit dem süddeutschen Raum hin ein Grenzland geworden sei. Von der neuen Verbindung erhofft man eine Milderung der Steuerungsverhältnisse, da Oberbaden zurzeit zu den teuersten Gegenden des Reiches gehört. Auch würde durch den Bahnbau der Arbeitslosigkeit in dieser Gegend entgegen gewirkt werden können.

Kahr, 26. Jan. Bei Entdeckung der Abortgrube am alten Bahnhofsplatz wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden. Die Mutter des Kindes ist noch nicht ermittelt.

Waldkirch, 26. Jan. Eine neue Uhrenfabrik wird hier durch den Fabrikanten Wändlin aus Schwemningen errichtet werden, der die frühere Uhrenfabrik zum Preise von 175 000 M. gekauft hat.

Durlach a. R., 26. Jan. Durch Feuer ist das Oekonomiegeldes des Schmiedes Franz Meier samt den ansehnlichen Vorräten eingedampft worden.

Weinheim, 26. Jan. Die Tiefbohrungen der Deutschen Petroleum-A. G. nach Petroleum haben durch die ungünstige Witterung eine starke Verzögerung erlitten. Erst nach Fertigstellung der Montage der Bohranlage im Gebirge wird in etwa drei Wochen mit der eigentlichen Bohrung nach Petroleum begonnen werden.

Waldkirch (Badische), 26. Jan. Einem Ravensburger Händler ist hier nahezu 1 Ztr. Weidwiese beschlagnahmt worden.

Neue Mitteilungen. In das Waldkircher Kaufhaus Kleinert wurde ein schwerer Einbruch verübt. Die Täter verschafften sich Zugang zu den Schaufensteranlagen und nahmen erhebliche Mengen Waren mit. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Das Oekonomiegeldes des Schmiedes Franz Meier aus Waldkirch, Kaiserstuhl, ist mit ansehnlichen Vorräten an Getreide und Stroh den Flammen zum Opfer gefallen. Das Vieh konnte gerettet werden.

kleine Mitteilungen. Beim Transport eines Ofens stürzte dieser um und durchschlug dem Hafnermeister Schöb aus Waldkirch so unglücklich die Schlagader am Bein, daß der Unglückliche verblutete, ehe Hilfe zur Stelle war. — Der Landwirt Penz aus Böffingen geriet mit einem Arm in die Kreisstraße, die ihm den Arm vollständig abknickte. — In der Abortgrube am Bahnhof a. R. fand man die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts, die dort 8 bis 10 Tage gelegen haben dürfte.

Briefkasten der Redaktion

A. L. Nachdem der Landtag in der Fackelangelegenheit sein Votum zugunsten der Verordnung des Ministeriums abgegeben, wollen wir die Sache beruhen lassen.

A. S. Es bleiben steuerfrei zunächst 3000 M. Ihres Gesamteinkommens, wenn Ihre Familie aus Mann, Frau und zwei Kindern besteht, dann Ihre Beiträge zur Kranken- u. w. Versicherung, zur Sterbefasse, Lebensversicherungsprämien, Beiträge für die Gewerkschaft, Partei, Schulbüchsen.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Legie Nachrichten Hermann Kappel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Kath. Kaffetter, alt 92 J., Witwe von Ulrich Kaffetter, Polizeiergeant. Pauline Gandel, alt 80 J., ledig, Privatier. Marie Uner, alt 32 J., Gesehrau von Nikol. Uner, Maschinenarbeiter. Walburga Schrepfer, alt 73 J., Witwe von Paul Schrepfer, Steuereintnehmer.

Zur Aufklärung!

Neuerdings werden vielfach Pflanzenfette, die nicht aus unseren Werken stammen, als **Palmin** angeboten und verkauft.

In allen Fällen handelt es sich um Mißbrauch der uns gesetzlich geschützten Marke **Palmin**.

Palmin nur echt,
wenn von
H. Schlinck & Cie. A.-G.
Hamburg

Persil

übertragt alles!
In Friedensqualität
wieder zu haben



Dankfagung
Für die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme, anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Tochter

Wilhelmine
Für die vielen Kranzspenden sowie für die zahlreiche Beteiligung und die tröstlichen Worte des Herrn Pfarrers Ernst, sagen wir hiermit unsern tiefgefühlten Dank.

Tagfeld, 26. Januar 1921. 2386
Familie Adam Kastner.

Central-Lichtspiele
Karl-Friedrichstraße 26.

Die **Vampire**

Die große Sensation
in 103 Episoden
und 31 Akten

Jede Woche ein neuer Teil.

Trauerhüte
in jeder Preislage stets vorrätig

S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.

Greifbar

sind die Vorteile die unser **Inventur-Verkauf** bringt

ca. 200 Fahrradmäntel M. 75.- 61.50
ca. 200 Fahrradschläuche M. 22.-
ca. 1000 Feuerzeuge von M. 3.- an
Kocherapparate, -Klingen, Rucksäcke
Gold-, Brief- u. Markttaschen usw.
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Nordische Stahlgesellschaft m. b. H.
Karlsruhe I. B., Kaiserstr. 81.

Beachten Sie bitte unsere Anzeige.

Konfirmanden-Anzug
gut erhalten billig abzugeben. Adlerstraße Nr. 27, IV., links.

Wo kaufe ich meine getr. Anzüge, Herzergeher, Hüter, Hosen, Weichzeug, Wäbeler usw. bei

M. Schap
2186 Kaiserstr. 67
Eing. Badbornstr.

In 1 Std. u. Garantie vernicht. Sie Fische, Kopt., Kleider, Filz.

Läuse
1. Brut (Nissen) b. Wenzel u. Tier mit „Kampolde“ gel. gesch. Wunden unschädlich. Herr. Herr. C. Gollstein Herr. Herr. C. Gollstein Herr. Herr. C. Gollstein

Bestes selbsttätiges Wasch- und Bleichmittel!
Spart Zeit, Arbeit, Seife und Kohlen. . . .
Preis Mk. 4.00 das Paket.
Alleinige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Billige Schuhe
(extra hartes braunes Bindleder) für Herren. Nr. 40 bis 46, Preis 130 M. bei

Bahlinger, Marienstr. 76, Stb. 1. Stg.

Schneiderin empfiehlt sich in allen Facharbeiten
Morgenstr. 51, pl.

Email-Geschirre
werden dauerhaft repariert (nicht gelötet)

Geschirre-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 33, im Hof. Telefon 1421

Pfannkuch
Besondere
preiswert!

**Medoc
Berdeaur**
1/4 Flasche
Mark 16.—
einschl. Steuer
und Glas.

Pfannkuch

R. d. B.
Der Vorstand über das
Besoldungsgeleit von
Herrn Kamerad Leubert
am 29. Januar fällt aus.
Näheres folgt. 2387

In Inventurpreisen:
Ein Polster Hochhaupt-
betten mit Ia Patentmatr.
St. 450 Mk., neuer Küchen-
schrank, Arden, Tisch,
2 Stühle 1150 Mk., Kuch-
baum-Schlafzimmer:
Schrank, Waschkommode,
Nachtische mit Marmor,
2 Hochhauptbetten mit
Patentmatten 2750 Mk.,
Dinanz, Gabelstange,
eichene, Diplomat, Käh-
maschine, Vertikal mit
Spiegel, Waschkommode
mit weiß Marmor, Nach-
tische, Stühle 2c. weit unter
Preis. Krämers Möbel-
handlung, nur Ecke Wald-
horn- und Kaiserstr. 69. 2390

Arbeitsanzüge,
sol. Verarb., keine Herren-
anzüge, Roben, Kou-
femaus, Anzüge, einige
schöne Heber, n. Hfler,
für Herren u. Jünglinge,
Wettermäntel, gr. Ausw.
in getr. D. u. S. Stiefeln
u. Schuhe zu sehr bill.
Preisen abzugeben bei
Agelrad,
Eisenweinstr. 32, II. 2392

Freie Zünerversammlung Karlsruhe
E. S.
Abteilung Ost- und Südstadt.
Am Samstag, den 29. Januar, findet in den
Sälen der „Gewerkschafts-Zentrale“, Kaiser-
straße 13, unser
Kostüm-Fest
statt, wozu wir unsere Mitglieder freundlichst einladen.
Beginn 7 1/2 Uhr. — Saalöffnung 7 Uhr.
Eintritt für Herren 3 Mk., Damen 2 Mk., Nicht-
mitglieder 6 Mk. — Einführung in beschränktem Maße.
Ausweise oder Mitgliedskarte nicht vergessen.
2395 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Erisverwaltung Karlsruhe
Kronenstraße 3 II. Telefon 3109.

Samstag, den 5. Februar 1921, abends
8 1/2 Uhr, findet im Saale zum „Elefanten“,
Kaiserstraße 42, unsere ordentliche
General-Versammlung
mit folgender Tagesordnung statt:
1. Geschäfts- und Tagesbericht.
2. Wahl der Gew. und Erisverwaltung.
3. Anträge und Beschlüsse.
Hierzu laden wir unsere Mitglieder freundlichst
ein und erwarten vollzähliges Erscheinen.
Insbesondere ist es Pflicht der Sektions-
leitungen, Vertrauensleute, Betriebsräte-
und Obleute an der Generalversammlung teilzunehmen.
Die Ortsverwaltung,
Höber. 2393

Unsere Tages- und Abend-Kurse
beginnen am 1., 8. und 15. jeden Monats
Anmeldungen an 2407

Näh- und Zuschneideschule
Morlock, Marienstraße 43

Gesangverein „Freundschaft“
Eitlingen.
Samstag, den 29. Januar 1921,
abends 7 1/2 Uhr,
in der städtischen Festhalle
anlässlich d. 25jähr. Stiltungstages
Großes Konzert.
Mitwirkende: Fritz Kölzer, Opern-
sänger vom Deutschen Opernhaus
Charlottenburg. Ein Frauenchor
(eingeladene Damen). Der Männer-
chor des Vereins. Das Orchester
ist zusammengestellt aus Karlsruher
Künstlern und Musik-Freunden.
Dirigent:
Herr Musikdirektor Louis Baldas.
250 Ausübende! Grosses Programm!
Saalöffnung 7 1/2 Uhr.
Eintrittspreise: Numer. Platz 6 Mk.,
I. Platz 3.50 Mk., II. Platz 2.50 Mk.
inkl. Steuer, Programm u. Liedertext.
Vorverkauf der Karten in folgen-
den Geschäften: Zigarrengeschäft
P. Rees, Zigarrengeschäft Schuler,
Zigarrengeschäft Essig, Kunst-
handlung Rob. Weber und außer-
dem noch bei Mitglied Herm. Pfeil,
Zwingerstraße.
Hierzu laden wir die geehrte Ein-
wohnerschaft von Eitlingen und
Umgebung freundlichst ein. 2382
Der Vorstand.

FLAMMER-
Seife u. Seifenspulver
in
der altbewährten Friedensart
unübellich wirksam bei!
Beste u. billigste Waschmittel für Wäsche u. Haus
KRAEMER u. FLAMMER, HEILBRONN



Möbel-
Ausstattungshaus
Gust. Friedrichs
Karlsruhe — Karl-Friedrichstraße 24
Filiale Kehl a. Rh., Hauptstrasse 42.
Vom 26. Januar bis 15. Februar 1921
Verkauf zu bedeutend ermäßigten Preisen
in
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
Einzelmöbel
Kostenlose Aufbewahrung
deraus für Qualitätsarbeit.



Die Sonntagruhe im Friseur-
und Barbiergewerbe.
Der Bezirksrat hat in seiner Sitzung vom
18. Januar 1921 die Bestimmung vom 27. Sep-
tember 1910, monoch im Friseur- und Barbier-
gewerbe an Sonn- und Festtagen die Beschäfti-
gung von allen Arbeitern bis nachmittags
1 Uhr, am Feiertagssonntag die Beschäftigung
von Gehilfen und Lehrlingen bis abends 8 Uhr
gestattet wurde, und in diesen Zeiten ein Ge-
werbetrieb in diesen Gewerben stattfinden
darfte mit sofortiger Wirkung aufgehoben.
Es herrscht daher im Friseur- und Barbier-
gewerbe 4. St. an Sonn- und Festtagen völlige
Geschäftsruhe. Dies gilt auch für Kleinmeister
und Meister ohne Gehilfenbesetzung. Die
Neuregelung des Gewerbetriebs in diesen
Gewerben an Sonn- und Festtagen im Sinne
der tarifvertraglichen Bestimmungen für das
Friseur- und Barbiergewerbe vom 4. Juni 1920
wird durch den Bescheid gemäß § 41b der
Gewerbeordnung in nächster Zeit erfolgen.
Karlsruhe, den 18. Januar 1921. 2392
Das Bezirksamt
Verwaltungsdirektion D. 11

Poffendungen im Verkehr mit Privat.
Der Herr Reichsminister der Finanzen hat
angeordnet: 2395

a) Die Annahme von ungenügend oder nicht
freigemachten Poffendungen von Privat
an Reichsfinanzbehörden ist von diesen
grundsätzlich zu verweigern.
b) Bei Schreiben der Behörden an Beamte
darf die Bezeichnung „portofreie“
Dienstfache in Kürze nicht mehr angewen-
det werden. Schreiben von Beamten an
Behörden, auf die eine Antwort erwartet
wird, ist daher seitens des Beamten
einstimmlich mit vollständiger Poffen-
bezeichnung, wird, falls in allen Fällen,
in denen es sich lediglich um ein privates
Interesse des Empfängers handelt, ein Be-
scheid grundsätzlich nicht erfolgt.
Karlsruhe, den 21. Januar 1921.
Kanzamt I und II.

Maskenkostüm
Kolländerin zu verkaufen.
Herderstraße 37, 4. St. 2393

Laut Beschluß der außer-
ordentlichen Generalver-
sammlung vom 10. De-
zember 1920 ruht die
Sparmarken-
Abgabe
zwecks Abrechnung,
mit Wirkung vom 1. Ja-
nuar 1921 in all. Geschäf-
ten unserer Mitglieder.
Bis zum 15. Februar 1921 werden
alle im Umlauf befindlichen, auch die
teilweise belabten
Sparbücher
unserer Geschäftsstelle, Waldstr. 6
Uhr vormittags oder bei den
Gleedern, die bisher Sparmarken
abfolgt haben, einzulöst.

Die Verlosung
an der die an oben erlösten Gut-
scheine teilnehmen, findet im März 1921
statt.

Rabatt-Sparverein
Karlsruhe
Schutz-Verein für Handel und Gewerbe
E. V. 2384

Preisabschlag
Wir empfehlen:
la Speisefett
Pfund Mk. 12.—
la Süßrahm-Margarine
Pfund Mk. 12.— 2396
Gebr. Hagenuauer
Mehlgerei und Wursterei
Marienstr. 46. Tel. 4601

Wäscherei
Schorpp
verkauft auch 2018
Neue Kragen.
Kastatt. Kastatt.
Verkauf von
Alt- u. Möbel
Beschäftigung ohne Kauf-
zwang erwünscht.
Karl Rauch,
Dreherstr. 3, Dreherstr. 3

Pfannkuch
Neue Partie
Kaffee!
Feinste Bourbon-
Röstung, offen
Pfund 25.—
Mark 25.—
Pfannkuch

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 27. Januar, 7 bis geg. 10 Uhr, 417—
Neu einstudiert: **Die Zauberflöte.**

Ausstellung
Sowjet-Rußland in Plakat und Bild
im Palmengarten
Herrenstraße 34a
von Donnerstag, den 27. Januar bis
einschl. Sonntag, den 30. Januar 1921,
von morgens 10 Uhr bis abends 9 Uhr.
Eintritt 1 Mark 2385

V. K. P. D. Ortsgruppe Karlsruhe

Durlacher Anzeigen.
Kohlen-Ausgabe.
Die bei Ludwig Krumb, Zammstraße, einge-
tragenen Kunden von Nr. 151 bis 525 können am
Freitag, den 28. Januar, von vormittags 8 Uhr
bis abends 5 Uhr, 1 Zentner 68 — Stückkohlen zum
Preis von 20,75 Mark je Zentner und 1 Zentner
Kleinsteinkohlen zum Preis von 2,40 Mark je
Zentner und 1 Zentner Ant-wasch-Kohlen II zum
Preis von 24,15 Mk. pro Zentner an neuen
Kaufstr. erhalten.
Zukunft über Haus 80 3, frei Keller 1,50 3
je Zentner mehr.
Durlach, den 27. Januar 1920.
Erisoblenstelle.

Kohlen-Ausgabe.
Die bei Johann Krumb Wwe. eingetragene
Kunden von Nr. 76—150 können am Freitag, den
28. Januar, von nachmittags 1 Uhr ab, 1 Zentner
Gleinsteinkohlen zum Preis von 22,45 Mk. je
Zentner und 1 Zentner Ant-wasch-Kohlen II zum
Preis von 24,15 Mk. pro Zentner an neuen
Kaufstr. erhalten.
Zukunft über Haus 80 3, frei Keller 1,50 3
je Zentner mehr.
Durlach, den 27. Januar 1920.
Erisoblenstelle.

Kastatter Anzeigen.
Von der Stadt. Preisprüfungsstelle wurde
heute im Benehmen mit der Messer-Deputation
für den hiesigen Stadtbezirk mit sofortiger
Wirkung der am 12. ds. Mts. festgesetzte Preise
für Kohlen von
16.— Mk auf 14.— Mk das Pfund
herabgesetzt.
Kastatt, den 26. Januar 1921.
Städt. Preisprüfungsamt.

Gemüse:

	pro Pfund	Markt	2394
Kartoffeln, norddeutsche	0,42	0,42	
„norddeutsche	0,35	0,35	
Blumenkohl	1,70	1,70	
„norddeutsche	0,50	0,50	
„norddeutsche	0,25	0,25	
„norddeutsche	0,20	0,20	
„norddeutsche	0,60	0,60	
„norddeutsche	1,50	1,50	
„norddeutsche	0,30	0,30	
„norddeutsche	0,40	0,40	
„norddeutsche	0,10	0,10	
„norddeutsche	0,20	0,20	
„norddeutsche	0,15	0,15	
„norddeutsche	0,30	0,30	
„norddeutsche	1,45	1,45	
„norddeutsche	0,45	0,45	
„norddeutsche	2,20	2,20	
„norddeutsche	2,20	2,20	

Ob:

	pro Pfund	Markt	2394
„norddeutsche	1,30	1,30	
„norddeutsche	1,60	1,60	

Die Preisprüfungsstelle dieser Preise wird
falls als übermäßige Preissteigerung ver-
stättet, den 26. Januar 1921.
Städt. Preisprüfungsamt.

Baden-Baden.
Diejenigen landwirtschaftlichen Betriebe,
der Lage sind, ihren Korbbedarf (je nach
Bier), von einem anderen landwirtschaftlichen
Betrieb decken zu können, wollen dementsprechend
träge auf Zimmer 1 einreichen.
Lebensmittelamt.